

# Nun wird auch gegen die Regierung ermittelt

**ST. GALLER KANTONS RAT** Wie konnten vertrauliche Unterlagen im Kanti-Streit zum Nesslauer Gemeindepräsidenten gelangen? Der Kantonsrat beschloss gestern, die Untersuchung dazu auf die Regierung auszuweiten.

Das hätte Kilian Looser sich vor einem halben Jahr wohl nicht einmal träumen lassen: dass er Auslöser für eine Untersuchung gegen die St. Galler Regierung werden würde. Zum Auftakt der Herbstsession beschloss der Kantonsrat gestern Nachmittag mit 89 zu 18 Stimmen aber genau dies. Er stimmte einem Antrag seiner Rechtspflegekommission für eine Untersuchung zum «Kanti-Leck»

zu. Die Ermittlungen richten sich gegen die Regierung und den Staatssekretär. Worum geht es? Die Regierung hatte sich im Streit um den künftigen Standort der Kantonsschule für Wattwil und gegen Uznach ausgesprochen – gegen den Widerstand der vereinigten Kantonsräte aus dem Linthgebiet. Kurz vor dem offiziellen Entscheid im Mai war ein vertrauliches Mail von Volkswirt-

schaftsdirektor Benedikt Würth (CVP) an seine Ratskollegen über den Nesslauer Gemeindepräsidenten an die Medien gelangt. Inhalt: eine Studie über die Mittelschulstandorte Wattwil oder Uznach. Der Gemeindepräsident von Nesslau, Kilian Looser, hatte danach bestätigt, der Absender gewesen zu sein. Er wurde inzwischen wegen Amtsgeheimnisverletzung verurteilt. Noch nicht beantwortet ist die Frage, wie Looser an die Dokumente gekommen ist, die anlässlich einer Landsitzung des Regierungsrates beraten worden waren. Dieser hat bereits

eine Administrativuntersuchung gegen kantonale Mitarbeiter und eine Disziplinaruntersuchung gegen involvierte Behördenmitglieder eröffnet. Mit dem gestrigen Entscheid des Kantonsrates wird er nun selber Teil der Ermittlungen.

Die bisher eingeleiteten Untersuchungen seien lückenhaft, sagte Walter Locher (FDP), Präsident der Rechtspflegekommission, im Kantonsrat. Sie betrafen nur Personen, die der Regierung unterstellt seien. Nur die Rechtspflegekommission könne auch die Rolle der Regierung und des

Staatssekretärs untersuchen lassen. Sie will damit einen unabhängigen, aussenstehenden Anwalt beauftragen.

## Ablenkung vom Thema

Die Kantonsräte aus dem Linthgebiet, die sich für einen Standort Uznach starkmachen, bedauern, dass die Diskussion ums Informationsleck vom eigentlichen Thema ablenke. «Es geht um eine Region, die für ihre Kantonschüler eine bessere Situation erreichen möchte», sagte die Joner CVP-Kantonsrätin Yvonne Suter. *Elvira Jäger*